

Amtsblatt

Für öffentliche Bekanntmachungen

Herausgabe

Verlag und Druck: Stadt Ludwigshafen am Rhein
(Bereich Öffentlichkeitsarbeit)
Rathaus, Postfach 21 12 25
67012 Ludwigshafen am Rhein
www.ludwigshafen.de

Verantwortlich: Sigrid Karck

Ausgabe - Nr.: 74/2012

ausgegeben am: 14. November 2012

Sitzung des Ortsbeirates Mundenheim

Die Mitglieder des Ortsbeirates Mundenheim treten am

Donnerstag, 15. November 2012, 17 Uhr,

im Großen Saal des Franz-Siegel-Seniorenwohnheims, Wegelburgstraße 59, zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

Tagesordnung Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht der Ortsvorsteherin
3. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Kanalsanierungsbedarf im Stadtteil
4. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Leerstehendes Gebäude am Mundenheimer Bahnhof
5. Anfrage des FDP-Ortsbeiratsmitgliedes
Belastung durch Bisphenol in Kindergärten bzw. Kindertagesstätten
6. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
S-Bahn-Halte in Mundenheim und Rheingönheim
7. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Rundweg um die Blies
8. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Verkehrsüberwachung
9. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Kommunaler Vollzugsdienst
10. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Drogenhilfe

Ludwigshafen am Rhein, 12.11.2012

gez.
Anke Simon
Ortsvorsteherin

Sitzung des Ortsbeirates Friesenheim

Die Mitglieder des Ortsbeirates Friesenheim treten am

Dienstag, 20. November 2012, 17 Uhr,

im Sitzungszimmer des Gemeindehauses Friesenheim, Luitpoldstr. 48, zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

Tagesordnung Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Ortsvorstehers
3. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion;
Information zum Kanalsanierungsbedarf in Friesenheim
4. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion;
Auswirkungen des Hochstraßenprojekts auf Friesenheim
5. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion;
Anbringen eines Verkehrsspiegel im Bereich der Kreuzung Bauernwiesenstraße/Teichgasse
6. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion;
Öffnung der Einbahnstraßen in Gegenrichtung für Radfahrer
7. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion;
Installierung einer stationäre Geschwindigkeitsanzeige vor der Kindertagesstätte am Ebertpark
8. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion;
Bericht Ausbau Kindertagesstätten und Wartelisten der Einrichtungen im Ortsbezirk
9. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion;
Verfügung eines generelles Tierhalteverbotes in den Kleingärten und regelmäßige Kontrollgänge
10. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion;
Sponsoren für elektronische Veranstaltungstafel für die Eberthalle
11. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion;
Sachstandsbericht in Sachen ehemaliges GeBeGe-Gelände, Sternstr. 46
12. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion;
Aktueller Sach- bzw. Planungsstand bzgl. des geplanten Umbaus der Friesenheimer Stadtbahn
13. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion;
Bericht zu den Ergebnissen der Verkehrsüberwachungsmaßnahmen in der Hohenzollern- und Erzbergerstraße
14. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion;
Optimierung des Betriebsablaufs bezüglich der KVT-Güterzüge
15. Anfrage der FWG-Ortsbeiratsfraktion;
Entwicklung hinsichtlich der Folgenutzung des alten Lokals "Ratskeller"
16. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion;
Entwicklungen im Stadtteil Friesenheim
17. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion;
Optimierung der Straßenbahn-Bus-Verbindungen in Friesenheim
18. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion;
Kinderbetreuung im Stadtteil Friesenheim

Ludwigshafen am Rhein, 12.11.2012

gez.
Prof. Carlo Saxl
Ortsvorsteher

Bekanntgabe der Stadt Ludwigshafen am Rhein - gemäß § 3a Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) -

Die Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein gibt als zuständige Genehmigungsbehörde bekannt, dass bei der folgenden, im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens beantragten Anlage, eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchgeführt wird.

Antrag der Fa. BASF SE vom 27.08.2012 zur wesentlichen Änderung der Hoko-Salpetersäure-Fabrik
Vorhaben: Erweiterung der Kapazität

Standort der Anlage ist das Werksgelände der Antragstellerin, Ludwigshafen am Rhein, Carl-Bosch-Straßen 38, Bauten O 306, O 305, N 312, Anlage-Nr. 25.14, Gemarkung Friesenheim, Flurst.-Nr. 4003/35.

Die gemäß § 1 Abs. 2 der 9. BImSchV im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erfolgten Vorprüfungen gemäß § 3 e Abs. 1 Nr. 2 UVPG haben ergeben, dass die Änderungen keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben können.

Ludwigshafen am Rhein, 12.11.2012
Stadt Ludwigshafen am Rhein

gez.
Klaus Dillinger
Beigeordneter

Bekanntmachung über die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz (LEP IV)

Die Landesregierung beabsichtigt die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz. Der ursprüngliche Entwurf, der bereits im Frühjahr 2012 Gegenstand eines Anhörungs- und Beteiligungsverfahrens war, wurde überarbeitet und geändert. Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 25. September 2012 den von der obersten Landesplanungsbehörde überarbeiteten Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms zur Kenntnis genommen und für ein erneutes Anhörungs- und Beteiligungsverfahren freigegeben.

Bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen schreibt § 10 Abs. 1 Raumordnungsgesetz in Verbindung mit § 6 Abs. 4 Landesplanungsgesetz eine allgemeine Öffentlichkeitsbeteiligung vor. Damit soll die Aufstellung der Raumordnungspläne noch transparenter gestaltet und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Vorstellungen auch in die Erarbeitung von Raumordnungsplänen einzubringen.

Der Entwurf der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV) einschließlich des Entwurfs der Strategischen Umweltprüfung liegt für die Dauer eines Monats

21.11.2012 bis einschließlich 20.12.2012

bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen, Rathausplatz, Zimmer 708, während der üblichen Bürozeiten von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Anregungen zum Entwurf der Teilfortschreibung des LEP IV können innerhalb eines Monats nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder in elektronischer Form vorgebracht werden.

Die Anregungen richten Sie bitte schriftlich an das

Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz
– Oberste Landesplanungsbehörde –
Postfach 32 69
55022 Mainz
Telefax: 06131/165838,

oder elektronisch an

landesplanung@mwkel.rlp.de

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass verspätet eingegangene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben.

Die Landesverordnung über die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV) wird zu gegebener Zeit im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Rheinland-Pfalz veröffentlicht.

Ludwigshafen, 14.11.2012

Bekanntmachung

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion gibt hiermit gem. § 4 Abs. 5 Landesgesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) vom 22.12.1982 (GVBl. für das Land Rheinland-Pfalz, S. 476), in der derzeit geltenden Fassung, Folgendes bekannt:

Errichtung des „Zweckverbandes für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz“

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier (ADD) als die nach § 5 Abs.1 Nr.3 des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) zuständige Errichtungs- und Aufsichtsbehörde, errichtet hiermit gemäß § 4 Abs.2 KomZG den „Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR)“ und stellt aufgrund übereinstimmender Beschlüsse

- | | |
|---|------------|
| - des Stadtrates Kaiserslautern vom | 24.09.2012 |
| - des Stadtrates Mainz vom | 05.09.2012 |
| - des Stadtrates Neustadt a.d. Weinstraße vom | 26.06.2012 |
| - des Stadtrates Speyer vom | 10.05.2012 |
| - des Stadtrates Koblenz vom | 28.06.2012 |
| - des Stadtrates Trier vom | 28.06.2012 |
| - des Stadtrates Ludwigshafen vom | 25.06.2012 |
| - der Stadtrates Neuwied vom | 28.06.2012 |

folgende Verbandsordnung fest:

**Verbandsordnung des
„Zweckverbandes für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der
Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR)“**

Präambel

Auf Grundlage der § 4 und § 6 des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) Rheinland-Pfalz vom 22. Dezember 1982 - zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 28. September 2010 (GVBl. S. 280) sowie geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. September 2010 (GVBl. S. 272), Artikel 2 des Gesetzes vom 07. April 2009 (GVBl. S. 162), Artikel 4 des Gesetzes vom 02. März 2006 (GVBl. S. 57), Gesetz vom 22. Dezember 2003 (GVBl. S. 390), Artikel 27 des Gesetzes vom 12. Oktober 1999 (GVBl. S. 325), Artikel 4 des Gesetzes vom 02. April 1998 (GVBl. S. 108), § 2 des Gesetzes vom 17. Dezember 1996 (GVBl. 1997 S. 1) - haben die Städte Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Neuwied, Speyer und Trier, sowie KommWis, Gesellschaft f. Kommunikation und Wissenstransfer mbH die folgende Verbandsverordnung zur Bildung des Zweckverbandes für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR) vereinbart.

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1. Verbandsmitglieder, Name und Sitz der Körperschaft

- (1) Verbandsmitglieder sind die Städte Kaiserslautern, Koblenz, Ludwigshafen, Mainz, Neustadt an der Weinstraße, Neuwied, Speyer und Trier sowie KommWis, Gesellschaft f. Kommunikation und Wissenstransfer mbH (für den Gemeinde- und Städtebund, Städtetag und Landkreistag Rheinland-Pfalz). Die Aufnahme weiterer Mitglieder ist möglich.
- (2) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR)“.
- (3) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Neustadt an der Weinstraße.

§ 2. Ziele und Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband verfolgt das Ziel, die Abwicklung von Aufgaben der Informationsverarbeitung bei der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben anstelle kommunaler Gebietskörperschaften durchzuführen. Zu diesem Zweck wird der Betrieb in Rechenzentren der Mitglieder konzentriert und soweit erforderlich redundant ausgelegt werden.
- (2) Die Zuordnung des Betriebes eines Verfahrens zu Betriebsstandorten erfolgt unter Berücksichtigung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit. Ziel des ZIDKOR ist es insbesondere, einen sicheren und wirtschaftlichen Betrieb für landeseinheitliche Softwarelösungen - soweit erforderlich nach allgemein anerkannten Grundsätzen für die Informationsverarbeitung (z.B. BSI, DIN) - zu gewährleisten.
- (3) Dem ZIDKOR werden von den Verbandsmitgliedern folgende Aufgaben übertragen. Dies sind der hoheitliche:

- a) Betrieb des Fachverfahrens für das Personenstandswesen,
- b) Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherungsregisters,
- c) Betrieb des Nachrichtenverkehrs xpersonenstand,
- d) Betrieb der eGovernment-Dienste im Bereich Personenstandswesen.

Die vorgenannten Aufgaben werden an den Betriebsstandorten der Mitgliedsstädte Mainz und Ludwigshafen sowie der KommWis erbracht.

Dem ZIDKOR können weitere ITK-Aufgaben im Sinne von Abs. 1 übertragen werden.

- (4) Im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten und der satzungsmäßigen Vorgaben arbeiten die Dienststellen/Unternehmen der Mitglieder und der Zweckverband bei der Erfüllung dieser Aufgaben zusammen.

Die Konkretisierung der Leistungserbringung und der Leistungsparameter erfolgt in Anlagen zur Verbandsordnung (Leistungs- und Entgeltsverzeichnis – Anlage 1, Servicevereinbarung – Anlage 2) oder in gesonderten Vereinbarungen.

- (5) Der Zweckverband kann auch Leistungen von Dritten beziehen.

Abschnitt 2 **Organe und Zuständigkeiten**

§ 3. Organe des Zweckverbandes

Die Organe des Zweckverbandes sind:

1. die Verbandsversammlung
2. der Verbandsvorsteher.

§ 4. Verbandsversammlung, Zusammensetzung und Stimmrechte

- (1) Für die Zusammensetzung der Verbandsversammlung gilt die Regelung des KomZG in der jeweils aktuellen Fassung.
- (2) In der Verbandsversammlung hat jede kommunale Gebietskörperschaft eine Stimme sowie KommWis bei Errichtung sieben Stimmen. KommWis kann dieses Stimmrecht durch mehrere Vertreter ausüben.
- (3) Werden nachträglich neue Mitglieder in den Zweckverband aufgenommen, so erhalten diese jeweils eine Stimme.
- (4) Für jedes weitere aufgenommene Mitglied erhält die KommWis ebenfalls eine zusätzliche Stimme.
- (5) Scheidet ein Mitglied aus dem Zweckverband aus, so verliert KommWis eine Stimme.

§ 5. Einladung und Beschlussfähigkeit der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung wird durch den Verbandsvorsteher unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung eingeladen. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn bei der Beschlussfassung mehr als die Hälfte der Verbandsmitglieder und mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten ist.

§ 6. Zuständigkeit der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung überwacht die Geschäftsführung des Verbandsvorstehers.

Sie ist insbesondere zuständig für:

1. die Wahl des Verbandsvorstehers und seiner Stellvertreter,
2. den Beschluss über den Haushaltsplan,
3. die Gründung und Beteiligung an anderen Unternehmen einschließlich der Verträge dazu,
4. die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses, Verwendung des Jahresgewinns, Behandlung des Jahresverlustes sowie Entlastung des Verbandsvorstehers,
5. die Verfügungen über Anlagevermögen und die Verpflichtung hierzu, insbesondere Erwerb, Veräußerung, Tausch und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn der Gegenstandswert im Einzelfall einen Betrag von 50.000,00 € übersteigt, sowie die Veräußerung von Vermögensgegenständen unter ihrem Wert und die Verpflichtung hierzu,
6. die Bestellung des Abschlussprüfers,
7. die Änderung der Verbandsordnung und die Auflösung des Zweckverbands,
8. die Festlegung des zurückzuzahlenden Anteils am Eigenkapital bei Ausscheiden eines Mitglieds und die entsprechende Heraufsetzung der Eigenkapitalanteile der übrigen Mitglieder,
9. die Festlegung der Kapitalumlage für neue Mitglieder und die entsprechende Herabsetzung der Eigenkapitalanteile der bisherigen Mitglieder,
10. wesentliche Änderungen des Betriebsumfanges, insbesondere die Übernahme von neuen Aufgaben im Rahmen des durch diese Verbandsordnung beschriebenen Zwecks,
11. die Festsetzung des Geldbetrages anstelle der Herausgabe von beweglichen oder unbeweglichen Vermögensgegenständen für das ausscheidende Mitglied (vergl. § 15 Abs. 2),
12. die Festlegung von Verbandsumlagen,
13. die Zustimmung zur Bildung der Geschäftsbereiche,
14. die Berufung der Mitglieder des IT-Planungsbeirates.

§ 7. Sitzung der Verbandsversammlung

- (1) Für die Sitzungen der Verbandsversammlung gelten sinngemäß die Vorschriften der Gemeindeordnung RLP. Die Vorbereitung der Beratungsgegenstände obliegt dem Verbandsvorsteher. Beschlüsse der Verbandsversammlung werden in offener Abstimmung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Verbandsmitglieder getroffen. Bei Wahlen innerhalb des Zweckverbandes und dann, wenn eine Angelegenheit ausschließlich die übertragenen IT-Aufgaben der Zweckverbandsmitglieder selbst betrifft (IT-Eigenverarbeitung), genügt die einfache Mehrheit.
- (2) Die Verbandsversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 8. Verbandsvorsteher

- (1) Die Verbandsversammlung wählt einen Verbandsvorsteher und seine beiden Stellvertreter.
- (2) Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden jeweils für die Hälfte der Wahlzeit der Vertretungskörperschaften der Mitglieder (§ 9 KomZG) gewählt. Die Wiederwahl ist zulässig.
- (3) Es werden 3 Geschäftsbereiche gebildet. Dem Verbandsvorsteher und den stellvertretenden Verbandsvorstehern wird ein Geschäftsbereich zur Leitung übertragen.

§ 9. Zusammensetzung und Aufgaben des IT-Planungsbeirates

- (1) Die Verbandsversammlung beruft einen IT-Planungsbeirat. In diesem sollen die IT-Leiter bzw. IT-Verantwortlichen oder deren Stellvertreter aller Zweckverbandsmitglieder (je Zweckverbandsmitglied eine Person) vertreten sein.
- (2) Der IT-Planungsbeirat berät die Verbandsversammlung in allen IT-technischen Fragen und erstellt Entscheidungsvorschläge für dieses Gremium. Er entwickelt die Grundsätze zur verursachergerechten Kalkulation der Betriebs- und Dienstleistungskosten.
- (3) Der IT-Planungsbeirat wählt einen Sprecher und dessen Vertreter.
- (4) Dem IT-Planungsbeirat können weitere Aufgaben von der Verbandsversammlung übertragen werden.

Abschnitt 3 **Haushalts und Finanzwesen**

§ 10. Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung

- (1) Der Zweckverband ist sparsam und wirtschaftlich unter Beachtung des öffentlichen Zwecks zu führen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Landesgesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KomZG) und der Gemeindeordnung.
- (2) Der Verbandsvorsteher hat die Verbandsversammlung zum Halbjahres- und Jahresende über die Abwicklung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes zu unterrichten. Er unterrichtet die Verbandsversammlung zudem, wenn erfolgsgefährdende Abweichungen vom Haushaltsplan zu befürchten sind. Sind darüber hinaus Verluste zu erwarten, die Auswirkungen auf die Haushalte der Mitglieder haben können, sind diese unverzüglich zu unterrichten.

§ 11. Eigenkapital

- (1) Der Zweckverband ist mit einem hinreichenden Eigenkapital auszustatten.
Bei Gründung des Zweckverbandes wird eine Kapitalumlage erhoben. Diese beträgt unter Zugrundelegung der Stimmen in der Verbandsversammlung je Stimme 2.000,00 €. Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Verbandsmitgliedern erfolgt danach immer im Verhältnis der Stimmen.
- (2) Für ausscheidende Mitglieder wird der auszahlende Anteil am Eigenkapital von der Verbandsversammlung festgelegt. Bei der Aufnahme eines neuen Mitglieds wird die zu zahlende Kapitalumlage für dieses Mitglied ebenfalls von der Verbandsversammlung bestimmt.
- (3) Die Höhe der Kapitalumlage wird anhand der Stimmen des jeweiligen Mitglieds in der Verbandsversammlung bemessen. Sie wird insbesondere beim Ausscheiden von Mitgliedern oder der Aufnahme neuer Mitglieder neu berechnet und von der Verbandsversammlung festgelegt.

§ 12. Deckung des Finanzbedarfs / Kostenerstattung

- (1) Der Zweckverband erhebt kostendeckende Entgelte. Diese sind so zu kalkulieren, dass auch die laufenden Geschäftskosten nach § 13 des Zweckverbandes abgegolten werden.
- (2) Überschüsse aus der Gewinn- und Verlustrechnung des Zweckverbandes sollen zum Ausgleich von Schwankungen des Geschäftsbetriebes der allgemeinen Rücklage zugeführt werden.
- (3) Bei einer Unterdeckung beschließt die Verbandsversammlung über die Erhebung einer Umlage. Der Beschluss über eine Umlage bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Verbandsmitglieder. Die Verbandsumlage wird im Verhältnis der Stimmrechte bemessen.
- (4) Der Zweckverband erstattet den Mitgliedern der Betriebsstandorte für die übertragenen Aufgaben den entstehenden Aufwand. Die Höhe der Erstattung wird in der Verbandsversammlung festgelegt.

§13. Verwaltungsgeschäfte

Die Verwaltungsgeschäfte des Zweckverbandes werden abweichend von § 9 Abs. 2 KomZG von einem Verbandsmitglied gegen Erstattung der nachgewiesenen und in der Verbandsversammlung festgelegten Aufwände geführt (siehe auch § 12).

Abschnitt 4

Neuaufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern sowie Auflösung des Zweckverbandes

§14. Neuaufnahme von Verbandsmitgliedern

- (1) Bei der Festsetzung der Aufnahmebedingungen ist der Vorausbelastung der bisherigen Mitglieder Rechnung zu tragen.
- (2) Das neue Mitglied leistet die von der Verbandsversammlung festgelegte Kapitalumlage für Mitglieder sowie KommWis den errechneten Ausgleichsbetrag zur Sicherung der bisherigen Anteilsverhältnisse von Kommunen zur KommWis.

§ 15. Ausscheiden von Verbandsmitgliedern

- (1) Das Ausscheiden eines Verbandsmitglieds ist nur zum Ende eines Haushaltsjahres zulässig. Der Austritt ist durch das betreffende Verbandsmitglied bis zum 30. Juni des laufenden Haushaltsjahres schriftlich gegenüber dem Vorstandsvorsteher zu erklären.
- (2) Bei Ausscheiden eines Verbandsmitglieds aus dem Verband kann die Herausgabe von beweglichen oder unbeweglichen Vermögensgegenständen nicht verlangt werden, solange diese zur Erfüllung der Verbandsaufgaben benötigt werden. Stattdessen ist ein entsprechender Geldbetrag zu leisten. Die Höhe des Geldbetrages wird von der Verbandsversammlung festgelegt.
- (3) Das ausscheidende Mitglied haftet für die bis zu seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten des Zweckverbandes weiter. Einen Rechtsanspruch auf Beteiligung am Verbandsvermögen hat es nicht, jedoch kann die Verbandsversammlung beschließen, dem ausscheidenden Mitglied eine Entschädigung zu gewähren, falls das Ausscheiden die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes nicht wesentlich benachteiligt.
- (4) Das ausscheidende Verbandsmitglied erhält seinen im Ausscheidungszeitpunkt vorhandenen Eigenkapitalanteil zurück. Die KommWis erhält ebenfalls den ihr zustehenden Eigenkapitalanteil unter Berücksichtigung des Anteils zur Sicherung der bisherigen Anteilsverhältnisse von Kommunen zur KommWis zurück.

§ 16. Änderung der Verbandsordnung, Auflösung des Zweckverbandes

Es gelten die Bestimmungen der §§ 6 und 11 des KomZG.

Abschnitt 5

Sonstiges

§ 17. Entscheidung bei Streitigkeiten

- (1) Die Mitglieder des Zweckverbandes verpflichten sich zu einem fairen Umgang. Die Mitglieder werden vertrauensvoll zusammenarbeiten und sich gegenseitig in vollem Umfang über alle wesentlichen Umstände informieren. Auftretende Probleme sollen unverzüglich und einvernehmlich geregelt werden.
- (2) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Zweckverband und den Verbandsmitgliedern sowie zwischen den Verbandsmitgliedern untereinander ist vor Beschreiten des Verwaltungsrechtsweges die Rechtsaufsichtsbehörde als Schlichtungsinstanz anzurufen, um eine gütliche Einigung herbeizuführen.

§ 18. Öffentliche Bekanntmachung

Die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes werden im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz bekanntgegeben.

§ 19. In-Kraft-Treten

Die Verbandsordnung bedarf der Feststellung der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Sie tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Anlagen:

- Leistungs- und Entgeltsverzeichnis
- Service-Vereinbarung

Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Az.: 17 062-ZV ZIDKOR / 21 a

Trier, den 24.10.2012

Im Auftrag
gez.
Ulrich Radmer

Leistungs- und Entgeltsverzeichnis
des Zweckverbandes für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in
Rheinland Pfalz (ZIDKOR)
in der Fassung vom 28. September 2012

Der ZIDKOR erbringt seine Leistungen auf Basis der nachfolgenden Beschreibungen und Konditionen.

L e i s t u n g e n

Für das Personenstandswesen:

ZIDKOR übernimmt im Rahmen der Service-Vereinbarung den folgenden hoheitlichen

- a) Betrieb des Fachverfahrens für das Personenstandswesen
- b) Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherungsregisters
- c) Betrieb des Nachrichtenverkehrs Xpersonenstand
- d) Betrieb der eGovernment-Dienste im Bereich Personenstandswesen.

ZIDKOR übernimmt ferner im Bereich Personenstandswesen die Aufgabe einer Koordinierungsstelle gegenüber den Herstellern der Software.

Im Einzelnen werden erbracht:

- Sicherstellung eines First- und Second-Level-Supports mit Überwachung der vereinbarten SLA's gegenüber dem Lieferanten der Software
- Abnahme und Freigabe der Software
- Aufnahme der Fehlermeldungen und Verbesserungswünsche sowie Übermittlung derselben an den Softwarehersteller
- Falls erforderlich: Durchführung und Organisation von landesweiten Schulungsmaßnahmen
- Eintragung der erforderlichen Zertifikate und Dienste in das DVDV.

Als Melde- bzw. Annahmestelle sorgt ZIDKOR dafür, dass die Fehlermeldungen, die durch Dritte (Verlag für das Standesamtswesen usw.) zu bereinigen sind, nach Vorprüfung unverzüglich weitergeleitet werden. Sollte der zur Leistung verpflichtete Dritte nicht innerhalb der vorgesehenen Reaktionszeiten die fehlerfreie Leistung erbringen können und die Fehlersituation eskalieren, schaltet sich ZIDKOR als Eskalationsstelle ein und trifft die in den jeweiligen Verträgen vereinbarten Eskalationsschritte.

Entgelte Kostenbeitrag

Für die hoheitlichen Betriebsleistungen im Personenstandswesen werden folgende Entgelte im Jahr erhoben.

- | | | |
|----|---|-----------------------|
| a) | für das elektronische Personenstandsregister | 0,30 € je Einwohner |
| b) | den elektronischen Mitteilungsdienst | 0,04 € je Einwohner |
| c) | den Hostingbetrieb des Fachverfahrens Autista | 0,147 € je Einwohner. |

Ergänzungen zur Ziffer c)

Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern werden im Rahmen der Entgeltabrechnung nur die Kosten für 50.000 Einwohner berechnet.

Für die Arbeitsplätze im Hostingbetrieb von AutiSta gilt ferner:

Die Anzahl der im Angebotspreis enthaltenen Arbeitsplätze richtet sich nach der Einwohnerzahl. Hierbei wird folgende Regelung zugrunde gelegt:

Anzahl der im Entgelt für AutiSta enthaltenen Arbeitsplätze

Einwohnerzahl ¹ am 31.12. des Vorjahres	Anzahl der enthaltenen Arbeitsplätze
<= 20.000	zwei
20.001 – 40.000	drei
40.001 – 50.000	vier
50.001 – 90.000	zehn
> 90.000	zwanzig

Weitere Arbeitsplätze werden je Arbeitsplatz einmalig mit 252,60 € berechnet.

Preis Anpassungen

ZIDKOR kalkuliert alle Entgelte unter den jeweils zum Kalkulationszeitpunkt bekannten Rahmenbedingungen. Sollten sich aufgrund von Preis Anpassungen an Hard- und Softwarekomponenten oder aufgrund von Tarifierhöhungen Änderungen ergeben, die eine Anpassung der bisherigen Kalkulationsgrundlagen erfordern, so gilt folgendes:

Eine Anpassung der Entgelte kann erstmalig 12 Monate nach Abnahme des Gesamtsystems, weitere Anpassungen frühestens jeweils 12 Monate nach Wirksamwerden der vorherigen Anpassung angekündigt werden. Eine Anpassung wird drei Monate nach der Ankündigung wirksam. Eine Erhöhung hat angemessen und marktüblich zu sein.

Alle in diesem Leistungsverzeichnis genannten Beträge gelten als Bruttobeträge ohne Umsatzsteuer. Sollte sich eine Umsatzsteuerpflicht für diese übertragenen hoheitlichen Aufgaben ergeben, wird der ZIDKOR die entsprechende Umsatzsteuer an die Kommunen weiterberechnen.

¹ Die Einwohnerzahl ergibt sich aus dem zentralen Integrationssystem EWOISneu. Diese wird jeweils zum 31.12. des Vorjahres aus den im Melderegister mit Haupt- und Nebenwohnsitz erfassten Personen ermittelt.

Service-Vereinbarungen des ZIDKOR für das Personenstandswesen

ZIDKOR erbringt die hoheitlichen Betriebsleistungen auf Basis der Verbandsordnung oder der jeweiligen Zweckvereinbarungen. Nachfolgend beschriebene Leistungen werden von ZIDKOR erbracht:

Betrieb des Fachverfahrens für das Personenstandswesen (AutiSta)

Das Fachverfahren AutiSta (Automation im Standesamt) unterstützt die Standesbeamtinnen und Standesbeamten bei der Durchführung aller Aufgaben, die das Personenstandsgesetz vorschreibt.

Die Betriebsleistungen zum Betrieb des Fachverfahrens AutiSta werden am Betriebsstandort der Stadt Mainz (KDZ Mainz) und die Support- und Abnahmeleistungen am Betriebsstandort KommWis Mainz erbracht.

Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherungsregisters

In den Registern, die die traditionellen Personenstandsbücher in den Standesämtern ersetzen, werden auf elektronischem Wege Beurkundungen von Geburten, Sterbefällen, Eheschließungen oder Lebenspartnerschaften eingetragen. Alle Betriebsleistungen zum Betrieb des elektronischen Personenstandsregisters werden am Betriebsstandort der Stadt Mainz (KDZ Mainz) und des elektronischen Sicherungsregisters am Betriebsstandort der Stadt Ludwigshafen (Rechenzentrum der Stadt Ludwigshafen) erbracht. Die Support- und Abnahmeleistungen werden am Betriebsstandort KommWis Mainz erbracht.

Betrieb des Nachrichtenverkehrs Xpersonenstand und der eGovernment-Dienste im Bereich Personenstandswesen

Mit den Diensten Xpersonenstand wird der Nachrichtenverkehr zwischen den Standesämtern und anderen öffentlichen Stellen abgewickelt. Mit den eGovernment-Diensten (XSta-Server) können Bestatter und Krankenhäuser Geburtsmitteilungen und Todesanzeigen elektronisch erfassen. Zudem kann der Bürger Urkunden mittels neuem Personalausweis anfordern. Betriebsstandorte für diese Dienste sind die Städte Mainz und Koblenz (KDZ Mainz und KGRZ Koblenz).

Lizenzierung

Das Nutzungsrecht zum Betrieb des Fachverfahrens AutiSta wird von den jeweiligen Verbandsmitgliedern/Kommunen eigenständig erworben bzw. wird von diesen vorgehalten. Die Lizenz für das elektronische Personenstandsregister ist in gleicher Weise von der KommWis für die Verbandsmitglieder/Kommunen erworben worden und wird von KommWis treuhänderisch für die Kommunen vorgehalten und verwaltet.

Die Lizenzen bleiben Eigentum der jeweiligen Verbandsmitglieder/Kommunen.

Verfügbarkeiten

Die betrieblichen Verfügbarkeiten, Reaktionszeiten und übrigen Service-Parameter werden in der Verbandsversammlung des ZIDKOR festgelegt.